Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9118**

14. Wahlperiode 15. 05. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dirk Fischer (Hamburg), Eduard Oswald, Dr.-Ing. Dietmar Kansy, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/7455 –

Deutsche Verkehrsinfrastruktur auf EU-Osterweiterung vorbereiten

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, im Hinblick auf die EU-Osterweiterung Bedarfsplanungen für Straße und Schiene zu erarbeiten, diese Bedarfsplanungen mit EU- und Anrainerstaaten abzustimmen und die dazu erforderlichen zwischenstaatlichen Verträge zu schließen, die Finanzierung sicherzustellen, die Fachplanungen zügig zu erarbeiten, die Realisierung zügig in Angriff zu nehmen und dem Deutschen Bundestag jährlich einen umfassenden Bericht über diese Planungen und Baumaßnahmen zu erstatten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 14/7455 – abzulehnen.

Berlin, den 6. Mai 2002

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald Vorsitzender	**Wieland Sorge** Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Wieland Sorge

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 14/7455 in seiner 208. Sitzung am 13. Dezember 2000 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der neuen Länder zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, im Hinblick auf die EU-Osterweiterung Bedarfsplanungen für Straße und Schiene zu erarbeiten, diese Bedarfsplanungen mit EU- und Anrainerstaaten abzustimmen und die dazu erforderlichen zwischenstaatlichen Verträge zu schließen, die Finanzierung sicherzustellen, die Fachplanungen zügig zu erarbeiten, die Realisierung zügig in Angriff zu nehmen und dem Deutschen Bundestag jährlich einen umfassenden Bericht über diese Planungen und Baumaßnahmen zu erstatten.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der neuen Länder** hat die Vorlage auf Drucksache 14/7455 in seiner 76. Sitzung am 20. Februar 2002 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und des Vertreters der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und des Vertreters der Fraktion der FDP, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Vorlage auf Drucksache 14/7455 in seiner 81. Sitzung am 17. April 2002 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP, den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, die Fachplanung für die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur für die EU-Osterweiterung sei zügig vorangetrieben worden, so dass es heute bereits abgeschlossene Verkehrsmaßnahmen gebe, dass Maßnahmen in der Realisierung seien und dass es Planungen gebe, die in den neuen Bundesverkehrswegeplan einflössen. Insgesamt sei festzustellen, dass die Umsetzung auf einem guten Wege sei. Im Rahmen der EU-Osterweiterung finde eine vorbildliche Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland statt. Die Forderungen der Antragsteller seien durch Regierungshandeln überholt.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte fest, aus den Ausführungen der Fraktion der SPD erkenne man das Signal, dass die deutsche Verkehrsinfrastruktur auf die EU-Osterweiterung vorbereitet werden müsse. Die größten Steigerungsraten im Transitgüterverkehr ergäben sich insbesondere beim grenzüberschreitenden Güterverkehr auf den Hauptverbindungen zu den Beitrittsländern der EU-Osterweiterung. Dies zeige, dass ihr Antrag das richtige Ziel habe. Das von ihr geforderte Programm sei sinnvoll; es ziele darauf ab, Deutschland auf die EU-Osterweiterung vorzubereiten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärt, in Teilen halte man die Aussagen des Antrags für richtig, man könne aber der Aufforderung an die Bundesregierung, tätig zu werden, nicht folgen. Der damit erweckte Eindruck, man sei in den letzten Jahren untätig gewesen, sei falsch. Die Investitionen im Rahmen des Verkehrsetats seien seit dem Haushaltsjahr 1998 von 9,49 Mrd. Euro auf heute 11,5 Mrd. Euro gesteigert worden. Es gebe eine Fülle von Projekten im grenzüberschreitenden Verkehr Richtung Osten und Südosten, die im Vollzug oder in der Planung seien.

Die **Fraktion der FDP** stellte fest, sie halte den vorliegenden Antrag für richtig. Kernpunkt des Antrags sei nach ihrer Auffassung die Übertragung des Planungsrechts für die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit auf die Projekte der EU-Osterweiterung. Ein weiteres wichtiges Thema sei der Finanzierungsvorrang. Der Antrag sei aber nicht ausreichend konkret. Der Hinweis der Fraktion der SPD auf einen neuen Bundesverkehrswegeplan sei verfehlt, weil es Zeit brauche von der Erstellung bis zur Umsetzung der Planung.

Die **Fraktion der PDS** erklärte, der Antrag sei nicht vollständig, weil zum Beispiel die Benennung der Wasser- und Binnenwasserwege gänzlich fehle. Den Hinweis auf die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit sehe man kritisch, weil ein Teil der Projekte problematisch gewesen sei. Seit 1996 kündige jeder Bundesverkehrsminister einen neuen Bundesverkehrswegeplan für das nächste Jahr an. Bisher fehle für die angekündigten Projekte die finanzielle, materielle und verkehrspolitische Grundlage durch eine Berücksichtigung im Bundesverkehrswegeplan.

Berlin, den 6. Mai 2002

Wieland Sorge
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333